

STELLUNGNAHME zum Antrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom: 20.04.2011 eingegangen: 20.04.2011	Gremium:	24. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	24.05.2011 727 8 öffentlich Dez. 1
Informationen über die Erweiterung des Instituts für Transurane (ITU) am Campus Nord		

- Kurzfassung -

Der Vorhabenträger sollte sein geplantes Vorhaben selbst in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit vorstellen und die Bevölkerung über das Vorhaben schnellstmöglich informieren.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ergänzende Erläuterungen:			
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Zu 1)

Die Stadtverwaltung holt bei den betroffenen Behörden Informationen über den aktuellen Planungsstand des Genehmigungsverfahrens für die Erweiterung des ITU ein und stellt diese im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit vor.

Das Baurechtsverfahren zur Erweiterung des ITU im Bereich Campus Nord wird beim Landratsamt Karlsruhe geführt. Im Zuge dieses Genehmigungsverfahrens wurde dies bereits in gemeinderätlichen Sitzungen der beiden betroffenen Landkreismunicipalitäten Linkenheim-Hochstetten und Eggenstein-Leopoldshafen thematisiert.

Für die damit einhergehende Mengenerweiterung radioaktiver Isotope ist nach Atomrecht das Ministerium für Umwelt und Verkehr (UVM) Baden-Württemberg zuständig.

Die Stadt Karlsruhe wurde bisher in diesen Verfahren nicht beteiligt.

Über das geplante Vorhaben sollte der Vorhabensträger selbst in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit berichten. Die Stadtverwaltung wird hierzu einladen.

Zu 2)

Die Stadtverwaltung setzt sich beim ITU für eine öffentliche Präsentation von deren Erweiterungsplanungen in Karlsruhe ein.

Die Stadtverwaltung wird ITU anschreiben und bitten, die Karlsruher Bevölkerung über das geplante Vorhaben schnellstmöglich zu informieren.